



UNGLEICHHEITSBERICHT ÖSTERREICH 2019

SOZIALER STATUS – CHANCEN –
UMWELTAUSWIRKUNGEN

Lisa Maria Weinberger,
ÖKOBÜRO - Alliance of the Environmental Movement



Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Dessen Inhalt liegt in der alleinigen Verantwortung des Projekts Make Europe Sustainable For All und spiegelt nicht die Positionen der Europäischen Union wider.

Abstract

Das Oxford Advanced Learner's Wörterbuch definiert Ungleichheit als den Zustand des Ungleichseins, insbesondere im Hinblick auf Status, Rechte und Chancen. Traditionell maßen entsprechende Untersuchungen Ungleichheit im Wohlergehen vor allem am Einkommen. Ein neueres Verständnis fokussiert hingegen stärker auf Chancenungleichheit und die Freiheit, zwischen verschiedenen Lebensformen und -stilen wählen zu können. Dies steht im Einklang mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen. Laut diesem braucht es erst Lösungen für die zugrundeliegende Chancenungleichheit bevor man Ungleichheit wirksam bekämpfen kann.¹

Dieser Bericht bewertet daher sowohl die faktische Ungleichheit in Bezug auf Einkommen/Wohlstand, Bildung, Gesundheit und Ernährung als auch zusätzlich die Chancenungleichheit. Dazu werden persönliche und soziale Faktoren wie Alter, Geschlecht, Familiensituation und Behinderung sowie ökonomische und ökologische Faktoren wie Umweltbedingungen, Gesundheitswesen, Bildungssysteme, Sicherheit, Gemeinschaftsbeziehungen und Sitten und Gebräuche betrachtet.² Des Weiteren werden horizontale Ungleichheiten berücksichtigt, die auf der Identifikation mit Gruppen auf Grundlage von Kultur, Geschlecht, Alter, Herkunft usw. basieren (und entweder Vor- oder Nachteile in Form von Vorurteilen, Diskriminierung und Ausgrenzung verursachen).³

Der Ungleichheitsbericht Österreich 2019 entstand im Rahmen einer Kooperation im europaweiten Projekt *Make Europe Sustainable for All (MESA)*, koordiniert durch das European Environmental Bureau (EEB) in Brüssel und getragen von 25 Partnerorganisationen in 15 europäischen Ländern.

Das Projekt MESA hat zum Ziel, Menschen, zivilgesellschaftliche Organisationen und politische Entscheidungsträger für die Agenda 2030 und die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) zu sensibilisieren, die von den 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen 2015 angenommen wurden. Das Kernstück des Projekts umfasst Kampagnen und Förderarbeit zu den Themen Ungleichheiten, nachhaltige Landwirtschaft, Gleichstellung der Geschlechter, Klimawandel, Migration sowie nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion.

Dieser Bericht wurde als Teil der Projektkampagne *Fighting Inequalities (Bekämpfung von Ungleichheiten)* in Europa erstellt und leistet zudem einen Beitrag zur weltweiten Kampagne *Faces of Inequality (Gesichter der Ungleichheit)*, die sozialer Ausgrenzung, Armut und Diskriminierung ein Gesicht gibt.

Aus diesem Grund hat sich ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung als österreichischer Partner mit diesem Bericht einem Thema angenommen, das zwar auch die Auswirkungen von Umweltproblemen betrifft, aber doch über den Umweltbereich weit hinausgeht.

#SDGS4All ■ <https://makeeuropesustainableforall.org> ■ <https://makeeuropesustainableforall.org/fight-inequalities>
■ <https://gcap.global/faces-of-inequality> ■ www.oekobuero.at

Sozialstaat begünstigt hohe Lebensqualität und Zufriedenheit

Laut verschiedenen Studien wie der Mercer-Lebensqualitätsstudie von Städten ist die Lebensqualität in Österreich und insbesondere in der Hauptstadt Wien hoch.⁴ Auf Grundlage einer gut entwickelten sozialen Marktwirtschaft mit einem umfangreichen System sozialer Sicherheit und sozialer Fürsorge profitiert die Bevölkerung von qualitativ hochwertigem sozialen Wohnraum mit langer Tradition⁵, einem staatlich finanzierten Gesundheitssystem, einem kostenlosen öffentlichen Schulsystem und leistbaren öffentlichen Verkehrsmitteln.

In Österreich wird ein beinahe lückenloser Zugang zu Gesundheitsleistungen gewährleistet, da eine Pflichtversicherung im Gesundheitssystem besteht, die mit der Erwerbstätigkeit oder dem Arbeitslosengeld verbunden ist.⁶ 2015 gab Österreich 10,2 % seines BIP für das Gesundheitswesen aus und gehört damit innerhalb der OECD zu den Ländern mit den höchsten Finanzausgaben im Bereich des Gesundheitswesens.⁷ Laut WHO-Bericht 2018 verzeichnet Österreich den niedrigsten ungedeckten medizinischen Bedarf in der EU. Gefährdeten Bevölkerungsgruppen werden verschiedene Ausnahmen von den Kostenbeteiligungen gewährt.⁸

Der Bevölkerungsanteil, der von Armut und/oder sozialer Ausgrenzung bedroht ist, hat in Österreich zwischen 2011 und 2016 abgenommen und liegt derzeit mit 18,1 % unter dem EU-Durchschnitt von 22,4 %.⁹ Im Commitment to Reducing Inequality Index 2018, der von Development Finance International und Oxfam durchgeführt wird, um den Einsatz von Regierungen zur Verringerung des Gefälles zwischen Arm und Reich zu bewerten, nimmt Österreich in der weltweiten Rangliste den 4. von 152. Rängen ein.¹⁰ In Österreich geben die Befragten im Durchschnitt einen allgemeinen Zufriedenheitsgrad von 7 von 10 an, was über dem OECD-Durchschnitt liegt.¹¹

Allerdings bleibt abzuwarten, wie sich die jüngsten Änderungen im Sozialsystem – vor allem der viel kritisierte Ersatz der bedarfsorientierten Mindestsicherung durch die sogenannte „Sozialhilfe neu“ ab 2020 – auf diese grundsätzlich positive Bilanz auswirken werden.

Ungleiche Verteilung: Arm im achtreichsten Land der Welt

Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt. 2017 betrug das österreichische Bruttoinlandsprodukt (BIP) 53.895 US-Dollar pro Kopf, womit Österreich unter den OECD-Ländern den achten Rang einnimmt.¹² Nach Berichten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) trug Österreichs wachsende Bevölkerung und Erwerbsbevölkerung in Kombination mit der niedrigen Arbeitslosigkeit (Arbeitslosenrate von 6 %) stark zum Wirtschaftswachstum Österreichs in den letzten zwei Jahrzehnten bei.¹⁴

In Bezug auf Einkommen und Verteilung des Wohlstands ist Österreich allerdings relativ stark von Ungleichheit betroffen: Der Ungleichheitsfaktor der Einkommen liegt laut OECD bei 0,28.¹⁵ Das bedeutet, dass das einkommensstärkste Fünftel der Bevölkerung rund viermal so viel verdient wie das einkommensschwächste.¹⁶ Zudem sind 18,1 % der österreichischen Bevölkerung (etwa 1,5 Millionen Menschen) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet¹⁷ und 3,7 % „erheblich materiell depriviert“.¹⁸

Frauen (besonders über 65 Jahren) sind stärker von Armut betroffen als Männer.¹⁹ Ein Viertel der betroffenen Menschen sind Kinder.²⁰ Ihre Eltern stammen aus dem Ausland, sind arbeitslos, alleinerziehend oder Angestellte mit Löhnen, von denen sie nicht angemessen leben können. Hierbei handelt es sich um die Gruppen, die am weitesten abgehängt und daher politisch und wirtschaftlich am stärksten unterrepräsentiert sind.

Mietende, alte und kranke Menschen besonders von Klimakrise betroffen

Ein Schlüsselfaktor für Gesundheit und Wohlergehen ist eine hohe Umweltqualität und der Zugang zu sauberem Wasser. Hier bewegt sich Österreich im internationalen Vergleich auf durchaus gutem Niveau. Laut dem Environmental Performance Review 2013 der OECD erfüllen die Umweltleistungen Österreichs im Allgemeinen hohe Standards. Beim Zugang zu qualitativ hochwertigem Wasser gehört Österreich zu den globalen Vorreitern. Mit der Bewirtschaftung von 20 % der landwirtschaftlichen Flächen nach ökologischen Standards ist Österreich diesbezüglich Spitzenreiter innerhalb der EU. Darüber hinaus tragen das hohe Naturschutzniveau, die Verringerung der landwirtschaftlichen Auswirkungen auf die Umwelt sowie wirksame Abfallbewirtschaftungsstrategien und eine hohe Nutzung von erneuerbaren Energiequellen zu dieser guten Platzierung bei. Der Bericht identifizierte allerdings Herausforderungen für das Ökosystem im Zusammenhang mit dem Bevölkerungswachstum, so etwa hinsichtlich der Bodenversiegelungsrate, der Infrastrukturentwicklung und der Luftverschmutzung.²¹

Eine besondere Herausforderung stellt sich zudem bei der Bewältigung der Folgen der Klimakrise. Wien wird künftig laut einer aktuellen Studie²² besonders stark von Hitzewellen betroffen sein. Das bedeutet zusätzliche physische wie psychische Belastungen für ältere Menschen, aber auch chronisch Kranke und allgemein ökonomisch schlechter gestellte Personen, darunter Frauen und Minderheiten.²³ Für die Bevölkerung in Wien wird es besonders schwierig sein, ihr Zuhause vorbeugend vor der Hitze zu schützen. Mehr als drei Viertel aller Wiener Wohnungen und beinahe die Hälfte aller Wohnungen in Österreich werden vermietet.²⁴ Dadurch sind besonders viele Menschen bei der Errichtung von Außenjalousien oder anderen Beschattungsmöglichkeiten von der Zustimmung oder Investitionsbereitschaft der Vermietenden abhängig.

Konservatives Geschlechterbild stellt Frauen strukturell schlechter

Die Aufrechterhaltung einer Work-Life-Balance, gemäß OECD Better Life Index ebenfalls ein Schlüsselfaktor für das Wohlergehen, ist besonders für arbeitende weibliche Elternteile schwierig. Dies folgt aus dem Umstand, dass in Österreich Mütter wesentlich häufiger als Väter unter dem doppelten Druck stehen, Beruf und Betreuungsaufgaben miteinander zu vereinbaren. Folglich arbeiteten 47,7 % der Frauen 2017 in Teilzeit, im Vergleich zu 11,9 % der Männer.²⁵ Daraus ergibt sich ein wesentlicher Einfluss auf die Renten von Frauen, was wiederum zu Einkommens- und Wohlstandsungleichheit zwischen Männern und Frauen führt und die politische und wirtschaftliche Handlungsfähigkeit von Frauen beeinträchtigt. Nur 19,2 % der höheren Führungspositionen in den größten börsennotierten Unternehmen waren 2017 von Frauen besetzt (EU: 25,3 %, Frankreich: 43,3 %) ²⁶ und 34,8% der nationalen Abgeordneten waren 2018 Frauen (EU: 29,7 %) ²⁷. Zudem gehört das geschlechtsspezifische Lohngefälle von 20,1 % in Österreich zu den höchsten in Europa.²⁸

Auch die angesichts der erhöhten Lebenserwartung und der sinkenden Geburtenraten viel diskutierte Langzeitpflege ist in Österreich primär weiblich. Heute lastet diese Verantwortung hauptsächlich nicht bezahlt auf Frauen, da „fast vier Fünftel der älteren Menschen familiär gepflegt [werden]“²⁹. Beispielsweise arbeiteten 2017 in Österreich 29 % der Frauen aufgrund von Betreuungsaufgaben nicht, verglichen mit nur 3,2 % der Männer.³⁰

Eine treibende Kraft für die Geschlechtergleichstellung ist Bildung. Auch in Österreich ist diese mitentscheidend darüber, eine Arbeitsstelle zu finden.³¹ 85 % der Erwachsenen im Alter von 25 bis 64 Jahren haben dank des kostenlosen öffentlichen Bildungssystems einen Abschluss des Sekundarbereichs II erlangt. Aber auch hier liegt eine strukturelle Benachteiligung von Frauen vor. Beinahe jede fünfte Frau verfügt über keinen entsprechenden Abschluss. Bei den Männern sind mit etwas mehr als jedem zehnten nur etwas mehr als halb so viele betroffen.³²

Allerdings ist Bildung allein kein Garant für ein höheres Einkommen. Obwohl junge österreichische Frauen besser gebildet sind als die männliche Vergleichsgruppe, verdienen sie 20,1 % weniger³³ und haben etwa 43,3 % weniger privates Eigentum als der vergleichbare männliche Einzelhaushalt³⁴. Für die UngleichheitsforscherInnen Cornelia Dlabaja, Julia Hofmann und Alban Knecht steht der Grund für die Geschlechterungleichheit in Verbindung mit dem österreichischen Sozialsystem, das sie als „konservativ“ beschreiben und „durch die Abhängigkeit von Bargeldaustausch eine traditionelle Arbeitsteilung nach Geschlechtern fördert“³⁵. Sie betrachten den Mangel an Kinderbetreuung und traditionelle Familiennormen als ein wesentliches Hindernis für die wirtschaftliche und soziale Gleichstellung von Frauen.

Das Sicherheits- und Gemeinschaftsgefühl ist in der Bevölkerung insgesamt sehr hoch ausgeprägt. 92 % der Menschen geben an, dass sie jemanden kennen, auf den sie sich in Notzeiten verlassen könnten. Gleichzeitig gibt es ein gesellschaftliches Problem mit Gewalt gegen Frauen. Zuletzt rückte dies stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit als in den ersten vier Wochen des Jahres 2019 fünf Frauen getötet wurden.³⁶ Trotzdem kürzte die österreichische Bundesregierung 2017 und 2018 die Mittel für den Schutz vor häuslicher Gewalt wie etwa für Beratungs- und Schutzzentren erheblich.³⁷ Die Soziologin Diana Russell betrachtet das hohe Niveau an sexuellen Übergriffen und häuslicher Gewalt weitestgehend als Konsequenz von vorherrschenden patriarchalen Verhältnissen und systematischer Gewalt gegenüber Frauen.³⁸

Sozialer Status: Polarisierung nach Herkunft und Geschlecht

Die strukturellen Ursachen von Ungleichheit in Österreich sind eng mit Bildung und Beschäftigung verbunden und benachteiligen vor allem Frauen und Minderheiten bzw. Personen, die einer Mehrfachdiskriminierung ausgesetzt sind.

Zudem ist die Übertragung des sozialen Status von einer Generation auf die andere ein Schlüsselfaktor für die Ungleichheit in Österreich. Kinder von Eltern, die selbst ein Studium abschlossen, besuchen 2,5-mal häufiger Universitäten als Kinder von Eltern ohne akademischen Hintergrund. Infolgedessen beeinflusst das Bildungsniveau das Einkommen einer Person um etwa 5,4 % pro zusätzliches Ausbildungsjahr.

Einwandernde sind aufgrund von nicht anerkannten ausländischen Qualifikationen benachteiligt. Ab 2020 werden Kinder in der Schule getrennt unterrichtet, wenn sie die Anforderungen an die deutsche Sprache nicht erfüllen.³⁹ Diese geplante Segregation – anstatt besonderer Förderung im Rahmen des regulären Schulbetriebs – lässt befürchten, dass Kinder mit migrantischem Hintergrund im Bildungsverlauf weiter gegenüber jenen mit Deutsch als Muttersprache verlieren werden.

Da der Schwerpunkt des österreichischen Sozialsystems auf der Beschäftigung liegt, haben Einwandernde ein doppelt so hohes Risiko in Folge Armut und sozialer Ausgrenzung ausgesetzt zu sein.⁴⁰ Asylsuchende sind dabei besonders benachteiligt, da sie keine Arbeitserlaubnis erhalten bevor ihnen Asyl gewährt wird.⁴¹ Eine Ausweitung der sogenannten Flexibilisierung am Arbeitsplatz, wie etwa die Einführung des 12-Stunden-Tages im Jahr 2018, tragen zu bestehenden sozialen Ungleichheiten bei. Sie betreffen Einwandernde und Frauen besonders, da sie in niedrig bezahlten und prekären Arbeitssituationen unverhältnismäßig häufig vertreten sind.⁴²

Abschließend lässt sich festhalten, dass die Sozialstruktur Österreichs „zunehmend nach Geschlecht und Ethnie polarisiert und segmentiert ist und eine Tendenz zu langsam wachsender sozialer Ungleichheit zeigt“⁴³.

Österreich international: Entwicklungshilfe primär für Balkan und fragwürdiges Finanzsystem

Die Mittel für die öffentliche Entwicklungshilfe (Official Development Assistance, ODA) Österreichs, d.h. die gesamte Hilfe aller öffentlichen Einrichtungen für die Entwicklungszusammenarbeit, betragen aktuell nur 0,3 % (1,11 Milliarden EUR) des Bruttoinlandsprodukts Österreichs – trotz der EU-Anforderung von 0,7 %.⁴⁴ Laut dem Concord Aidwatch Report 2018 werden nur 0,22 % als echte Hilfe („genuine aid“) statt als Phantomhilfe („inflated aid“) investiert. Zur Phantomhilfe zählen Ausgaben im Inland für geflüchtete Menschen, Kosten für Studierende, Entschuldungsmaßnahmen, gebundene Hilfe und Zinsrückzahlungen.⁴⁵

Insgesamt wurde im Rahmen des Concord Aidwatch Reports 2018 in Österreich wenig Fokus auf die Unterstützung von weniger entwickelten Ländern identifiziert.⁴⁶ 2017 verkündete die Regierung zwar eine Aufstockung des Auslandskatastrophenfonds, diese wurde letztlich jedoch für 2018 und 2019 um ein Viertel gekürzt. Zudem sollte das Budget der Austrian Development Agency (ADA) von 77 Millionen EUR im Jahr 2016 bis 2021 auf jährlich 154 Millionen EUR erhöht werden. Im aktuellen Budget sind für 2021 aber nur 133 Millionen EUR vorgesehen.⁴⁷

Laut den politischen Experten Lightfoot und Obrovsky liegt der Schwerpunkt Österreichs in der Entwicklungspolitik auf Nachbarländern des westlichen Balkans und auf der Förderung von Außenhandelsinteressen in der Kaukasusregion.⁴⁸ Die Armutsbekämpfung im globalen Süden und Beitragsleistungen zur Unterstützung von globalen öffentlichen Gütern spielen eine untergeordnete Rolle.

Im Hinblick auf die nationale Asylpolitik hat Österreich seit dem Höhepunkt der sogenannten „Flüchtlingskrise“ im Jahr 2015 mehrere Maßnahmen ergriffen, um die Ausgaben für die Betreuung von geflüchteten Menschen zu kürzen. Im Jahr 2015 wurden in Österreich 88 349 Asylanträge gestellt.⁴⁹ Dies entspricht etwa 1 % der Gesamtbevölkerung. Die Anzahl an positiven erstinstanzlichen Entscheidungen stieg von durchschnittlich 500 Fällen jährlich bis 2013 auf 3500 Fälle 2016 und 2900 Fälle 2017 an.⁵⁰ Seitdem gehörten einige Kürzungen der Leistungen für geflüchtete Menschen⁵¹ und ein größerer Schwerpunkt auf der Abschiebung von geflüchteten Menschen⁵² zu den restriktiven Maßnahmen der Einwanderungspolitik. Der politische Schwerpunkt bewegte sich von einer „Politik der offenen Tür“⁵³ hin zu wirtschaftlichen Investitionen vor Ort und strengeren Grenzkontrollen⁵⁴. Österreich verweigerte im Oktober 2018 die Unterzeichnung des UN-Migrationspakts⁵⁵, mit dem die internationale Zusammenarbeit im Bereich Migration verbessert werden soll.⁵⁶

In Bezug auf das österreichische Finanzsystem befindet sich Österreich aufgrund von mangelnder Transparenz im Hinblick auf das Bankgeheimnis, die öffentliche länderbezogene Berichterstattung (Country-by-Country Reporting, CBCR), Firmenregister, Immobilienregister und Freihäfen sowie Steuergerichte im Schattenfinanzindex 2018 auf Platz 35 der 112 bewerteten Länder.⁵⁷ Das Tax Justice Network äußerte besondere Bedenken über das österreichische Netz an Steuerabkommen, das negative Auswirkungen auf Entwicklungsländer vermuten lässt.⁵⁸ Transparency International stellte in Österreich im 2018 Exporting Corruption Report nur eine begrenzte Durchsetzung gegen ausländische Bestechung fest.⁵⁹

Ungleichheiten mit Agenda 2030 verringern

Forschungen zeigen, dass Investitionen in Bereichen wie Gesundheit, Bildung und Sozialschutz Schlüsselfaktoren für die Verringerung von Ungleichheit darstellen.⁶⁰ Laut OECD können solche Maßnahmen Einkommensungleichheit um etwa 20 % verringern.⁶¹ Des Weiteren zeigt die Statistik Austria, dass Sozialleistungen die Armutsgefährdung von 44 % auf 14 % verringern.⁶²

Beim Kampf gegen Ungleichheit ist die Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen von zentraler Bedeutung. In den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 (SDGs) nimmt die Verringerung von Ungleichheit an sich als SDG 10 nicht nur breiten Raum ein. Es gibt darüber hinaus separate Ziele zu Armut (SDG 1), Gesundheit (SDG 3), Bildung (SDG 4) und Gleichheit der Geschlechter (SDG 5).⁶³

SDG Watch Austria schlägt daher die Entwicklung einer Gesamtstrategie der Bundesregierung zur Erreichung der SDGs sowie Maßnahmen zur Sicherstellung von Politikkohärenz im Interesse der nachhaltigen Entwicklung unter breiter Beteiligung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft vor.⁶⁴

Obwohl Österreich bereits starke Strategien zur Verringerung von Ungleichheit ergriffen hat, sind jüngere politische Maßnahmen kontraproduktiv im Kampf gegen Ungleichheit. Sie bergen vielmehr das Risiko, Ungleichheit weiter zu erhöhen. Dies betrifft alle Ebenen der sozialen, wirtschaftlichen und umweltbezogenen Ungleichheit. Da Chancengleichheit nur erreicht werden kann, wenn der institutionelle gesetzliche und politische Rahmen die benachteiligenden Umstände einer Person kompensiert, ist dies von besonderer Bedeutung.⁶⁵

Es müssen daher politische Maßnahmen, besonders im Hinblick auf die Gleichstellung der Geschlechter, die Rechte von Minderheiten und die Förderung der Vielfalt, der Umverteilung von Wohlstand und Macht sowie des Sozial- und Umweltschutzes, gefördert und umgesetzt werden.

- ¹OECD, Goal 10 Targets, <http://www.undp.org/content/undp/en/home/sustainable-development-goals/goal-10-reduced-inequalities/targets.html> (20.02.2019).
- ²Dies basiert auf dem OECD Better Life Index, in dem 11 Themen als wesentlich für das Wohlergehen identifiziert wurden.
- ³Steward, Horizontal Inequalities: A neglected dimension of development, UNU World Institute for Development Economics Research (UNU/WIDER), Wider Annual Lectures 5, 2002.
- ⁴Collinson, Vienna named world's top city for quality of life, The Guardian, 23.02.2016, <https://www.theguardian.com/business/2016/feb/23/vienna-named-worlds-top-city-for-quality-of-life> (20.02.2019).
- ⁵Sozialhilfeprogramme wie der soziale Wohnungsbau wurden unter der Regierung der sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) zwischen 1918 und 1934 entwickelt. Dieser Zeitraum wird als „Rotes Wien“ bezeichnet. Die Einführung des Mieterschutzgesetzes 1917 und des Wohnanforderungsgesetzes 1919 ebneten den Weg für die Schaffung von bedeutenden öffentlichen Wohnbauprojekten, die das Wohnungswesen in Österreichs Metropole Wien bis heute positiv beeinflussen. Die durchschnittlichen Kosten für den Wohnraum machen 21 % des bereinigten verfügbaren Bruttoeinkommens aus. Die durchschnittliche Wohnung umfasst 1,6 Räume pro Person. Beide Zahlen liegen unter dem OECD-Durchschnitt. Siehe auch: OECD, Better Life Index. Austria, <http://www.oecdbetterlifeindex.org/countries/austria/> (20.02.2019).
- ⁶Europäische Kommission, Your social security rights in Austria (2013) 4, http://ec.europa.eu/employment_social/empl_portal/SSRinEU/Your%20social%20security%20rights%20in%20Austria_en.pdf (20.02.2019).
- ⁷Bachner et al, Austria. Health system review, European Observatory on Health Systems and Policies, Vol. 20, No. 3, 2018, http://www.euro.who.int/_data/assets/pdf_file/0009/382167/hit-austria-eng.pdf?ua=1 (20.02.2019).
- ⁸Ibid, xxxi.
- ⁹Europäische Kommission, Monitoring report on progress towards the SDGs in an EU context (2018) 38, <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/9237449/KS-01-18-656-EN-N.pdf/2b2a096b-3bd6-4939-8ef3-11cfc14b9329> (20.02.2019).
- ¹⁰Lawson/Martin, The Commitment to Reducing Inequality Index, Oxfam (2017) 8, <https://oxfamlibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/620553/rr-commitment-reducing-inequality-index-2018-091018-en.pdf?sequence=30&isAllowed=y> (20.02.2019).
- ¹¹OECD, Better Life Index. Austria, <http://www.oecdbetterlifeindex.org/countries/austria/> (20.02.2019).
- ¹²OECD, Data. Austria. Gross domestic product (GDP), <https://data.oecd.org/gdp/gross-domestic-product-gdp.htm> (20.02.2019).
- ¹³Eurostat, Unemployment statistics at regional level. Statistical Office of the European Union, 2017, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Unemployment_statistics_at_regional_level (20.02.2019). Nur 8,4 % der jungen Menschen im Alter von 15 bis 29 Jahren sind weder erwerbstätig noch befinden sich in Ausbildung (nach Geschlecht) (unter den führenden 5 Ländern in der EU, der EU-Durchschnitt liegt bei 13,4 %). Siehe: Europäische Kommission, Monitoring report on progress towards the SDGs in an EU context (2018) 161, <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/9237449/KS-01-18-656-EN-N.pdf/2b2a096b-3bd6-4939-8ef3-11cfc14b9329> (20.02.2019).
- ¹⁴Bachner et al, Austria. Health system review, European Observatory on Health Systems and Policies, Vol. 20, No. 3, 2018, http://www.euro.who.int/_data/assets/pdf_file/0009/382167/hit-austria-eng.pdf?ua=1 (20.02.2019).
- ¹⁵OECD, OECD Data. Income inequality, <https://data.oecd.org/inequality/income-inequality.htm#indicator-chart> (20.02.2019).
- ¹⁶OECD, Better Life Index. Austria, <http://www.oecdbetterlifeindex.org/countries/austria/> (20.02.2019).
- ¹⁷Definition von Armut- oder Ausgrenzungsgefährdung der EU-SILC: Das Einkommen liegt unter der Armutsgrenze oder die betroffenen Menschen sind erheblich materiell depriviert oder leben in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität.
- ¹⁸Definition von erheblicher materieller Deprivation der EU-SILC: Wichtige Güter/Lebensbereiche sind nicht leistbar (z. B. Waschmaschine, Handy, die Wohnung angemessen warmhalten).
- ¹⁹Statistik Austria, Tabellenband EU-SILC 2017. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen (2018) 144, https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/index.html (20.02.2019).
- ²⁰Ibid, 100.
- ²¹OECD, Environmental country review: Austria 2013, 13, https://read.oecd-ilibrary.org/environment/oecd-environmental-performance-reviews-austria-2013_9789264202924-en#page14 (20.02.2019).
- ²²Smid et al, Ranking European capitals by exposure to heat waves and cold waves, Urban Climate, Volume 27, 2019, <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2212095518302700?via%3Dihub> (24.07.2019).
- ²³Der Standard, Klimawandel: Die Große Panik vor lauter Hitze, 23.07.2019, <https://www.derstandard.at/story/2000106545860/die-grosse-panik-vor-lauter-hitze> (24.07.2019)
- ²⁴ORF.at, Europavergleich: Wien bei Mietwohnungen ganz vorn, 27.10.2018, <https://orf.at/stories/3037081/> (24.07.2019).
- ²⁵Statistik Austria, Teilzeit. Teilzeitquote, 2017, https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/arbeitsmarkt/arbeitszeit/teilzeitarbeit_teilzeitquote/index.html (20.02.2019).
- ²⁶Europäische Kommission, Monitoring report on progress towards the SDGs in an EU context (2018) 112, <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/9237449/KS-01-18-656-EN-N.pdf/2b2a096b-3bd6-4939-8ef3-11cfc14b9329> (20.02.2019).
- ²⁷Ibid, 111.
- ²⁸Ibid, 38.
- ²⁹OECD, Better Life Index. Austria, <http://www.oecdbetterlifeindex.org/countries/austria/> (20.02.2019).
- ³⁰Europäische Kommission, Monitoring report on progress towards the SDGs in an EU context (2018) 110, <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/9237449/KS-01-18-656-EN-N.pdf/2b2a096b-3bd6-4939-8ef3-11cfc14b9329> (20.02.2019).
- ³¹Ibid, 95.
- ³²OECD, Better Life Index. Austria, <http://www.oecdbetterlifeindex.org/countries/austria/> (20.02.2019).
- ³³Statistik Austria, Frauen verdienen 2016 in der EU im Schnitt 16% weniger als Männer, Pressemitteilung 38/2018, 7.3.2018, <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/87182773-07032018-BP-DE.pdf/4e1351ed-c798-4bc8-90dc-b15897cfdcf> (20.02.2019).
- ³⁴Mader et al, Vermögensunterschiede nach Geschlecht. Erste Ergebnisse für Österreich, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft, Nr. 129, Arbeiterkammer Wien, Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik, http://media.arbeiterkammer.at/wien/MWUG_Ausgabe_129.pdf (20.02.2019).

- ³⁵ *Dlabaja/Hofmann/Knecht*, Inequality, Poverty and Prosperity in Austria, Global Dialogue – Magazine of the International Sociological Association, Vol. 8, Issue 3, <http://globaldialogue.isa-sociology.org/inequality-poverty-and-prosperity-in-austria/> (20.02.2019).
- ³⁶ *Pausackl*, Frauenmorde in Österreich: „Ich schlachte dich ab wie ein Schwein.“, Profil, 14.01.2019, <https://www.profil.at/oesterreich/frauenmorde-oesterreich-10590171> (20.02.2019).
- ³⁷ *Hausbichler*, Frauenprojekten in Österreich wird massiv das Budget gekürzt, Der Standard, 26.07.2018, <https://derstandard.at/2000084071322/Frauenprojekte-in-Oesterreich-von-massiven-Budgetkuerzungen-betroffen> (20.02.2019).
- ³⁸ *Pausackl*, Frauenmorde in Österreich: „Ich schlachte dich ab wie ein Schwein.“, Profil, 14.01.2019, <https://www.profil.at/oesterreich/frauenmorde-oesterreich-10590171> (20.02.2019).
- ³⁹ *Kurier*, Deutschklassen: Das sind die ersten Entwürfe für die Lehrpläne, Kurier, 31.07.2018, <https://kurier.at/politik/inland/deutschklassen-das-sind-die-ersten-entwuerfe-fuer-die-lehrplaene/400076453> (20.02.2019).
- ⁴⁰ Siehe auch: *Statistik Austria*, Tabellenband EU-SILC 2017. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen (2018) 72, https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/index.html (20.02.2019).
- ⁴¹ *Dlabaja/Hofmann/Knecht*, Inequality, Poverty and Prosperity in Austria, Global Dialogue – Magazine of the International Sociological Association, Vol. 8, Issue 3, <http://globaldialogue.isa-sociology.org/inequality-poverty-and-prosperity-in-austria/> (20.02.2019).
- ⁴² *Arbeitsmarktservice*, Arbeitsmarktlage 2017 (2018) 6ff., https://www.ams.at/content/dam/download/arbeitsmarktdata-%C3%B6sterreich/berichte-auswertungen/001_JB-2017.pdf (20.02.2019).
- ⁴³ *Ibid.*
- ⁴⁴ *OECD*, Net ODA. Total, % of gross national income, 2000 – 2017, <https://data.oecd.org/oda/net-oda.htm> (20.02.2019).
- ⁴⁵ *CONCORD*, Concord AidWatch 2018. EU Aid: A Broken Ladder? (2018) 13, https://concordeurope.org/wp-content/uploads/2018/10/CONCORD_AidWatch_Report_2018_web.pdf (20.02.2019).
- ⁴⁶ *Ibid.*, 19.
- ⁴⁷ *Ibid.*, 33.
- ⁴⁸ *Lightfoot/Obrovsky*, Austrian development policy- from global to neighbourhood policy?, OZP – Austrian Journal of Political Science, 2016, Vol. 45, issue 2, <https://webapp.uibk.ac.at/ojs/index.php/OEZP/article/viewFile/1609/1294> (20.02.2019).
- ⁴⁹ Die Anzahl der Asylanträge in den vorangegangenen Jahren und im Jahr 2016 belief sich auf folgende Werte: Österreich: 17 503 im Jahr 2013, 28 064 im Jahr 2014; 42 285 im Jahr 2016. Siehe auch *Bundesministerium für Inneres*, Asyl. Statistiken, <https://www.bmi.gv.at/301/Statistiken/start.aspx> (20.02.2019).
- ⁵⁰ Siehe *Eurostat*, Asylum quarterly report, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Asylum_quarterly_report#Decisions_on_asylum_applications (20.02.2019).
- ⁵¹ *Kontrast Redaktion*, Regierungsbilanz: Die Gewinner und Verlierer nach einem Jahr ÖVP-FPÖ, Kontrast, 4.12.2018, https://kontrast.at/regierungsbilanz-oevp-und-fpoep/?fbclid=IwAR0hH_DTHRXO-B3EdrDYYvVDccWlvKF8p4M5Q6398ko53xlpZ9Jfn7JrF8g (20.02.2019).
- ⁵² *Koller/Zimmermann*, Innenminister Kickl: „Asyl à la Carte wird es nicht geben“, Salzburger Nachrichten, 24.1.2019, <https://www.sn.at/politik/innenpolitik/innenminister-kickl-asyl-a-la-carte-wird-es-nicht-geben-64603696> (20.02.2019).
- ⁵³ *Pongratz-Lippitt*, Austria has a proud history of helping refugees – but for how much longer?, The Guardian, 10.06.2016, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2016/jun/10/austria-refugees-migration-crisis-eu> (20.02.2019).
- ⁵⁴ *Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA)*, Austrian Foreign Minister Kurz says: foreign aid would have increased regardless of the costs for refugee care and support, Press release, 11.04.2017, <https://www.bmeia.gv.at/en/the-ministry/press/announcements/2017/04/austrian-foreign-minister-kurz-says-foreign-aid-would-have-increased-regardless-of-the-costs-for-refugee-care-and-support/> (20.02.2019).
- ⁵⁵ *Generalversammlung der Vereinten Nationen*, Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration, A/RES/73/195, 19.12.2018, http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/73/195 (20.02.2019).
- ⁵⁶ *Atkins*, Austria toughens migration stance by rejecting UN pact, Financial Times, 31.10.2018, <https://www.ft.com/content/0b1d2408-dcfd-11e8-8f50-cbae5495d92b> (20.02.2019).
- ⁵⁷ *Tax Justice Network*, Financial Secrecy Index 2018, 2018, <https://www.financialsecrecyindex.com/PDF/Austria.pdf> (20.02.2019).
- ⁵⁸ *Ibid.*, 2.
- ⁵⁹ *Dell/McDevitt*, Exporting Corruption. Progress report 2018: Assessing enforcement of the OECD Anti-Bribery Convention, Transparency International, 2018, https://www.transparency.org/whatwedo/publication/exporting_corruption_2018 (20.02.2019).
- ⁶⁰ *Lawson/Martin*, The Commitment to Reducing Inequality Index, Oxfam (2017) 29, <https://oxfamilibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/620553/rr-commitment-reducing-inequality-index-2018-091018-en.pdf?sequence=30&isAllowed=y> (20.02.2019).
- ⁶¹ *Verbist/Förster/Vaalavo*, The Impact of Publicly Provided Services on the Distribution of Resources: Review of New Results and Methods, OECD Social, Employment and Migration Working Papers, No. 130.
- ⁶² *Statistik Austria*, Armutsgefährdung vor und nach sozialen Transfers nach soziodemographischen Merkmalen (2017) 1, https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/index.html (20.02.2019).
- ⁶³ <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/nachhaltige-entwicklung-agenda-2030/entwicklungsziele-agenda-2030.html>
- ⁶⁴ *SDG Watch Austria*, Beilage: SDGs umsetzen – Vorschläge für nächste Schritte, 2018, https://sdgwatchat-live-8893156df82d48b0bb53d2-309f0d2.aldryn-media.com/filer_public/e1/30/e13017c5-e856-4931-b434-43c04b9a4f8c/sdg-watch-austria-umsetzungagenda2030_beilage_mai18.pdf (20.02.2019).
- ⁶⁵ *Alfonso/LaFleur/Alarcón*, Concepts of Inequality. Development Issues No. 1, Development Strategy and Policy Analysis Unit in the Development Policy and Analysis Division of UN/DESA, 2015, http://www.un.org/en/development/desa/policy/wess/wess_dev_issues/dsp_policy_01.pdf (20.02.2019).



Das EU-Projekt **Make Europe Sustainable for All** (MESA), koordiniert durch das European Environmental Bureau (EEB), wird von 25 Partnern in 15 europäischen Ländern umgesetzt. Ziel ist es, Menschen, zivilgesellschaftliche Organisationen und politische Entscheidungstragende für die Agenda 2030 und die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), welche 2015 von den 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verabschiedet wurde, zu sensibilisieren. Im Mittelpunkt des Projekts stehen Kampagnen und Advocacy Arbeit im Bereich Ungleichheit, nachhaltiger Landwirtschaft, Geschlechtergleichstellung, Klimawandel, Migration sowie nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion. Dieser Bericht wurde als Teil der Projektkampagne **Fighting Inequalities** (Bekämpfung von Ungleichheiten) in Europa erstellt und leistet zudem einen Beitrag zur weltweiten Kampagne **Faces of Inequality** (Gesichter der Ungleichheit), die sozialer Ausgrenzung, Armut und Diskriminierung ein Gesicht gibt.

#SDGS4All ■ <https://makeeuropesustainableforall.org> ■ <https://makeeuropesustainableforall.org/fight-inequalities>
<https://gcap.global/faces-of-inequality>

ÖKOBÜRO ist die Allianz der Umweltbewegung. Dazu gehören 17 österreichische Umwelt-, Natur- und Tierschutz-Organisationen wie GLOBAL 2000, Greenpeace, Naturschutzbund, VCÖ – Mobilität mit Zukunft, VIER PFOTEN oder der WWF. ÖKOBÜRO arbeitet auf politischer und juristischer Ebene für die Interessen der Umweltbewegung.